

Aus dem Abgeordnetenhanse.

Antrag betreffend die Reform der Besitzpolitik. —
Aeußerung des Ministerpräsidenten.

Das Abgeordnetenhaus hielt heute behufs dritter Lesung der gestern votirten Vorlagen eine kurze Sitzung, um sich dann bis zum 4. Juli zu vertagen. Zuvor motivirte noch Ludwig Bed seinen Antrag auf Einsetzung einer Landeskommission zur gründlichen Reform der Besitzpolitik ebenso breitspurig wie oberflächlich, denn eine so wichtige Angelegenheit läßt sich nicht auf Grund laienhaft zusammengeklauter Daten und fremder Motive im Sandumdrehen lösen, am allerwenigsten aber durch eine der berüchtigten Kommissionen, in deren Protokollen und Archiven schon so viele Entwürfe begraben wurden. Thatsächlich beschloß auch die Majorität, diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung zu stellen, nachdem

Ministerpräsident Graf Tisza in längerer Rede ausgeführt hatte, daß man ein so wichtiges Problem nur vorsichtig und allmähig, nicht aber überstürzt der Lösung entgegenführen dürfe. Jedenfalls müsse die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität mit rationellen Mitteln angestrebt werden, was der Kabinettschef, ebenso wie die Förderung der Betheiligung der aus dem Kriege heimgekehrten Soldaten an der Erwerbung von Grund und Boden, in Aussicht stellte.

Präsident Paul Bethy eröffnet die Sitzung um 11 Uhr Vormittag.

Die Gesetzentwürfe über das Budgetprovisorium und das finanzielle Uebereinkommen mit Kroatien werden in dritter Lesung angenommen.

Ludwig Bed begründet folgenden hinsichtlich der Reform der Besitzpolitik unterbreiteten Antrag: „Unsere Besitzpolitik bedarf gründlicher Reformirung. Das Haus möge demnach die Regierung anweisen, die notwendigen Schritte zur Durchführung der Reform unverzüglich zu unternehmen, zu ihrer Vorbereitung eine Landeskommission konstituieren und über alle getroffenen Vorkehrungen dem Hause in der nächsten Session Bericht erstatten.“ Einleitend bemerkt er, der Krieg habe allen Nationen zwei große Aufgaben aufgebürdet: die Sicherung eines glorreichen Friedens und die Anstrengungen, die Kriegsschäden gutzumachen. Diese Aufgaben lasten auch auf Ungarn. Die Bevölkerung dieses Landes habe von 1870 bis 1910 um fünf-einhalb Millionen zugenommen, aber die Vermehrung des Kleingrundbesitzes stehe mit diesem Zuwachs in keiner Proportion. Es liegt im Interesse des Staates und es ist eine Pflicht gegenüber der Nation, die großen Landjungen zu mobilisieren und die Zahl des gesunden Kleinbesitzes zu vermehren. Auch die Industrie muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß es in ihrem eigenen Interesse gelegen ist, daß die Landwirtschaft sich gesund und intensiv entwickele, einerseits um das notwendige solide Rohmaterial zu erhalten, andererseits um sich ein lebenskräftiges und kultiviertes Käuferpublikum zu sichern. Die bisherige Grundbesitzpolitik — sagt Redner — hat vollständig versagt. Die Opposition will nun durch ihre Aktion die Grundpfeiler für eine neue, gesunde Wirtschaftspolitik niederlegen und eine neue starke landwirtschaftliche Klasse schaffen. Die Darányi'sche Ansiedelungsaktion hat den Beweis erbracht, daß man eine ernste Ansiedelungspolitik machen kann, wenn man sie ernstlich machen will. Es müßte zunächst eine Bodenbesitzstatistik ohne Verzug aufgestellt werden, eine Statistik, die die Grundlage für eine gesunde, erspriechliche Besitzpolitik bilden kann. Ferner müßte die Regierung Fühlung nehmen mit allen jenen, die diese Frage ver-

stehen, und mit allen jenen, die auf diesem Gebiete etwas zu bekommen oder zu geben haben. Ueberdies muß eine aus allen Schichten der Gesellschaft bestehende Kontrollkommission ins Leben gerufen werden, wobei es natürlich ist, daß jede Parteilichkeit von dieser Frage ferngehalten werden muß. Die Regierung muß aber in dieser Frage die Verantwortung mit den unabhängigen Elementen der Gesellschaft theilen. Grundbesitz und Rechte, das ist's, was dem Volke gegeben werden muß. Redner bittet um die Annahme seines Antrages. (Beifall links.)

Ministerpräsident Graf Stephan Tisza will dem Antragsteller nicht auf das Gebiet der Details folgen, hält es jedoch für seine Pflicht, auf die eine und die andere Bemerkung zu reflektieren. Der Herr Abgeordnete Ludwig Bed — sagte Redner — behauptet, wir hätten auf dem Gebiete der Grundbesitzpolitik keine wirtschaftliche Freiheit. Wäre dies wahr, so wäre ich gewiß am meisten darüber betrübt. Ganz im Gegenteil aber sehen wir auch unsere kleinen Landwirthe im vollen Genuß der wirtschaftlichen Freiheit blühen und gedeihen und materiell immer kräftiger werden. Nichtsdestoweniger erachtet es die Regierung als ihre Aufgabe, im Rahmen der freien Konkurrenz die kleinen Landwirthe zu unterstützen, ohne jedoch die kleinen Landwirthe sozusagen unter Vormundschaft zu stellen. Der Herr Antragsteller hat sicherlich zu schwarz gesehen, denn seit einem Jahrzehnt hat die Zahl der kleinen Landwirthe gegenüber den Großgrundbesitzern erheblich zugenommen. Die weitaus meisten Bearbeiter des Bodens sind zugleich auch bescheidene Besitzer von Grund und Boden. Was aber die Erhöhung des Bodenertrages anbelangt, kann diese erfahrungsgemäß doch nur von dem Großgrundbesitzer erwartet werden. Im Interesse der Ansiedelungsaktion hat die Regierung bereits Schritte gethan, und die Aktion muß nur auf die richtige Bahn geleitet werden. Das System der lebenslänglichen Pacht konvenirt dem ungarischen Bauer nicht, noch weniger das System des Rentenbesitzes, der ungarische Bauer will Eigentümer von Grund und Boden sein. Die Regierung legt großes Gewicht auf eine richtige Grundbesitzpolitik, aber die jetzige Zeit ist wahrlich nicht geeignet, die wichtige agrarische Frage über Hals und Kopf, überstürzt und daher schlecht zur Lösung zu bringen. Solche wichtige Fragen wollen mit Ueberlegung erledigt werden und die Regierung ist sich ihrer Pflicht bewußt und wird sicherlich ihr Bestes thun, um eine gründliche und gute Erledigung herbeizuführen. Derzeit aber halte ich eine breite parlamentarische Debatte über diesen Gegenstand für nicht am Platze und daher bitte ich das geehrte Haus, den Antrag nicht auf die Tagesordnung setzen zu wollen. (Beifall rechts.)

Ludwig Bed weist darauf hin, daß in Amerika Hunderttausende ausgewandeter Ungarn auf die Reform der Grundbesitzpolitik warten, um auf heimathlichem Boden Grundbesitz erwerben zu können, und daher bittet er, den Antrag zur Verathung zu stellen.

Ministerpräsident Graf Stephan Tisza kann von der Ansicht, daß die Erhöhung des Bodenertrages nur vom Großgrundbesitzer, nicht aber von den kleinen Landwirthen erwartet werden kann, nicht abgehen und daher müssen bei der Frage der Grundbesitzreform die Interessen aller Klassen der Landwirthe vor Augen gehalten werden. Redner bittet, den Antrag, als derzeit nicht zeitgemäß, nicht zu verhandeln.

Das Haus beschließt, von der Verathung des Antrages abzusehen.

Präsident beantragt hierauf die Vertagung des Hauses bis zum 4. Juli. (Zustimmung.)

Schluß der Sitzung um 1 Uhr Nachmittag.